

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 Aditron: Höhere Abfindung nach 13 Jahren
- 2 Experten-Tipp: EU-Bemühungen für mehr Steuergerechtigkeit nehmen Fahrt auf
- 3 Volkswagen: DSW pocht auf Transparenz
- 3 Linde & Praxair: Im zweiten Versuch
- 3 Aktienrückkauf: Neues Zauberwort für Aktionäre?
- 4 Rohstoffe: Investments mit Risiken
- 5 Investmentfonds: Indexschmuser unter der Lupe
- 5 HAC-Marktkommentar: Europäische Aktien haben weiteres Potenzial

6-7 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 Schadenersatzklage gegen German-Pellets-Gründer
- 6 Geschädigter im Betrugsfall „BWF-Stiftung“ erhält volle Investitionssumme zurück
- 7 Anlegerfrage an Malte Diesselhorst

8 Konjunkturmonitor

Alles im grünen Bereich – noch

9 Börsenmonitor

Trump-Euphorie verfliegen

10 Veranstaltungen

10 Impressum

11 Mitgliedsantrag

2017 - (wieder) ein besonderes Jahr



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Jahreswechsel liegt nun schon wieder ein paar Wochen zurück, und Ihre DSW und ganz besonders ich hoffen, dass Sie gut in ein gesundes, glückliches wie auch erfolgreiches Jahr 2017 gestartet sind. Das Jahr wird nicht nur in Europa mit den Wahlen in den Niederlanden, Frankreich und vor allen Dingen auch in Deutschland besonders spannend. Zugleich wird sich nun nach dem Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident vieles verändern.

Auch für uns Anleger wird dieses Jahr wieder viele Herausforderungen bereithalten. Wie werden die weiteren recht wahrscheinlichen Zinsschritte in den USA auf die Aktienmärkte wirken? Wie lange kann die EZB sich mit einer Zinserhöhung zurückhalten? Und ab wann wird der niedrige Euro-Kurs nicht mehr allein unsere exportgetriebene Wirtschaft unterstützen, sondern zu einer ernstesten Gefahr für die Konjunktur werden? Einige der brennenden Fragen, die das Jahr 2017 stellt, zeichnen sich bereits deutlich ab. Zudem hält dieses Jahr ein ganz besonders wichtiges und auf Anleger nachhaltig wirkendes Thema bereit. So ist es offenbar ausgemachte Sache in Berlin, dass mit Beginn der nächsten Legislaturperiode die Abgeltungssteuer abgeschafft wird. Die große Frage wird sein, was dann folgt. Die Idee: Die Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Steuersatz belegt werden. Ihre DSW wird hier klar Position beziehen und neben einer verfassungskonformen Gestaltung bei der Besteuerung von Kapitalerträgen auch dafür kämpfen, dass das langfristige und damit Arbeitsplätze schaffende Wachstum ermöglichende und am Ende auch wieder selbst Steuern zahlende Kapital in Form von Aktien steuerlich nicht benachteiligt wird. Konkret werden wir darauf hinarbeiten, dass ein langfristiges Anlegen gegenüber dem kurzfristigen Rein und Raus steuerlich bevorzugt behandelt werden muss. Ob dies bedeutet, dass wir zu einer Spekulationsfrist zurückkommen oder aber eine degressive Steuer auf Kapitalerträge vorschlagen, ist dabei sekundär. Entscheidend ist vielmehr, dass das in der EU und auch in Berlin politisch gewollte langfristige Engagement von Anlegern fiskalisch nicht unterdrückt wird. Dies steht mit im Zentrum unserer politischen Arbeit in 2017. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dabei tatkräftig unterstützen.

Ihr Marc Tüngler

Aditron: Höhere Abfindung nach 13 Jahren

Zugegeben: Ein schnelles und effizientes Verfahren sieht anders aus. Und dennoch stimmt das Ergebnis aus Sicht der Aktionäre.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat am 15. Dezember das Spruchverfahren in Sachen Squeeze-out-Abfindung der Aditron-Aktionäre durch die Konzernmutter Rheinmetall durch einen rechtskräftigen Beschluss beendet: Die Richter befanden, dass die seinerzeit gezahlte Barabfindung zu niedrig war und erhöhten den Betrag nun um 16,5 Prozent auf 30,87 Euro je Aktie. Das Spruchverfahren dauerte insgesamt 13 Jahre.

Nach so langer Zeit wissen möglicherweise manche Aktionäre gar nicht mehr, dass sie damals zum Zeitpunkt des Ausschlusses aus der Gesellschaft Aktionäre waren und nun berechtigt sind, die Nachzahlung zu empfangen. Doch Christiane Hölz, DSW-Landesgeschäftsführerin NRW und Aktienrechts-Anwältin, die das Verfahren vor Gericht federführend für die DSW betreut hat, meint dazu: „Die Aditron-Aktionäre müssen hier nun zunächst nichts tun. Die erhöhte Barabfindung plus Zinsen wird ihnen ins Depot eingebucht.“



Gleichzeitig bietet die DSW Unterstützung an, sollte es doch zu ungeahnten Komplikationen kommen: Falls es – etwa durch Depotwechsel – Probleme gibt, können ehemalige Aditron-Aktionäre sich gerne an die DSW (dsw@dsw-info.de) wenden.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

EU-Bemühungen für mehr Steuergerechtigkeit nehmen Fahrt auf

Frage: Das Thema Steuervermeidung beschäftigt nicht erst seit Fällen wie Apple, Amazon und Starbucks die EU-Kommission in Brüssel. Seit geraumer Zeit ist auch das Bundesfinanzministerium in Berlin aktiv mit dabei und zwar im Rahmen eines sogenannten BEPS-Projektes. Ich würde gerne Näheres dazu wissen: Was verbirgt sich hinter dem Namen? Worum geht es genau? Und was ist in Zukunft an neuen Maßnahmen zur Vermeidung solcher Steuerpraktiken zu erwarten?

Antwort: BEPS steht für Base Erosion and Profit Sharing, also für Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung. Als Folge der bekannten Fälle von Steuervermeidung wurde das BEPS-Projekt als internationales Vorhaben initiiert. Ziel ist es, gegen den schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten untereinander und gegen aggressive Steuerplanungen international tätiger Konzerne vorzugehen. Möglichkeiten für BEPS-Ge-

staltungen ergeben sich vor allem durch die unterschiedlichen Steuerregeln in den verschiedenen Staaten. Dies gilt zum Beispiel auch für Lizenzekünfte, die in manchen Ländern steuerlich begünstigt werden. In Zukunft darf diese Privilegierung nur noch unter Einschränkungen gewährt werden. Da diese Gestaltungen nur dann vermieden werden können, wenn diese Rechtsordnungen besser aufeinander abgestimmt werden, ist internationales Handeln erforderlich und nun auch angedacht. Im Ergebnis hat das BEPS-Projekt neue Standards und Empfehlungen entwickelt, die nun von den Staaten umgesetzt werden müssen. Eine erste Re-



aktion von Konzernen gab es bereits, die darauf hindeutet, dass das Vorgehen von BEPS auch ernst genommen wird. So beabsichtigt die Burgerkette McDonalds seine europäische Steuerbasis von Luxemburg nach Großbritannien zu verlagern. Möglicherweise hofft das Unternehmen, dass Großbritannien nach dem Brexit deutlich günstigere Steuervorschriften haben wird als die EU.

Volkswagen: DSW pocht auf Transparenz

Wie sieht ein Neubeginn in Sachen Transparenz und Wahrheit aus? Beim Automobilgiganten Volkswagen hat man da eine ganz eigene Sicht auf die Dinge. Ende September 2015 beauftragte Volkswagen die US-Kanzlei Jones Day mit der Untersuchung des Skandals um die manipulierte Software bei Dieselfahrzeugen des Konzerns. Das Ziel war damals unter anderem herauszubekommen, wo die Versäumnisse liegen, wie sie zustande kamen und wer verantwortlich ist.

VW selbst versprach damals Aufklärung ohne Rücksicht und maximale Transparenz. Forderungen von Aktionären nach neuen oder zusätzlichen Informationen wurden von Volkswagen seither gerne mit dem Hinweis abgeblockt, dafür müsse erst der endgültige Bericht der US-Anwälte vorliegen. Nun, mehr als ein Jahr später, liegt der Bericht zwar vor, doch gleichzeitig verkündete der Wolfsburger Autobauer in der Frage der Transparenz eine maximale Kehrtwende, nämlich, dass er sich entschieden habe, den Bericht nicht zu veröffentlichen.

„Wir können die Entscheidung von VW absolut nicht nachvollziehen. Die Aktionäre haben ein Recht auf die Informationen. Jetzt ist der von uns unter Leitung unseres Vizepräsidenten Klaus Nieding vor dem Braunschweiger Landgericht eingereichte Antrag auf Sonderprüfung die letzte Chance, hier noch Licht ins Dunkle zu bringen“, kommentiert Ulrich Hocker, Präsident der DSW, die Meldung aus Wolfsburg. Damit sei es erst recht von entscheidender Bedeutung, den gesamten Komplex rund um die manipulierte Software bei Diesel-PKWs von einem externen Prüfer unter die Lupe nehmen zu lassen, so Hocker weiter.

Die Anlegerschützer hatten den Weg zum Gericht gewählt, da ihr Antrag auf Sonderprüfung auf der letztjährigen Hauptversammlung keine Mehrheit bekommen hatte. „Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse bei Volkswagen war vorab klar, dass der Antrag sich nicht durchsetzen würde. Die Großaktionäre hatten sich ja schon im Vorfeld entsprechend positioniert. Die Weigerung von Volkswagen, die Ergebnisse der Jones-Day-Untersuchung zu veröffentlichen, macht jetzt deutlich, wie richtig dieser Weg war“, sagt Hocker.

Es wäre nicht das erste Mal, dass ein externer Sonderprüfer Licht ins Dunkel bringen soll, doch im Fall des VW-Dieselskandal halten die Anlegerschützer dies für alternativlos, da unzählige offene Fragen im Raum stehen und durch den Verzicht auf die Veröffentlichung des Jones-Day-Berichtes nun noch weniger Antworten gegeben werden.

Die Klärung der offenen Fragen ist für die Aktionäre von großer Bedeutung: „Sollten die Rückstellungen für Strafzahlungen oder mögliche zivilrechtliche Ansprüche zu niedrig sein, dürfte das gravierenden Einfluss auf das Ergebnis haben“, erklärt DSW-Präsident Ulrich Hocker. Zudem müsse sichergestellt sein, dass die Kontrollmechanismen des Autokonzerns mittlerweile so justiert sind, dass eine Wiederholung unmöglich ist. „Und das würden die Aktionäre sich doch lieber von einem unabhängigen Sonderprüfer bestätigen lassen als von Volkswagen selber“, sagt Hocker.

Linde & Praxair: Im zweiten Versuch

Nun also doch. Im zweiten Anlauf scheint die Fusion zwischen den beiden Gase-Giganten Linde und Praxair zu gelingen. Beide Unternehmen einigten sich nun darauf, eine „Fusion unter gleichen“ anzustreben und haben ein entsprechendes Eckpapier erstellt.

Das verschmolzene Unternehmen, das aktuell einen Wert von rund 63 Milliarden Euro hat, wird weiterhin „Linde“ heißen. Der Sitz der Gesellschaft soll allerdings von München ins europäische Ausland verlagert werden. Angedacht ist ein Standort innerhalb des europäischen Wirtschaftsraums, also wohl nicht, wie eine zeitlang befürchtet, London. Chef der neuen Holding soll der bisherige Praxair-Chef Steve Angel werden. Für Daniela Bergdolt, Vizepräsidentin der DSW und langjährige HV-Sprecherin bei Linde, ist das auf dem Tisch liegende Konzept schlüssig: „Wir Aktionäre wollen vor allem eins, nämlich dass Linde erhalten bleibt. Es scheint so, als wäre das mit der Fusion in weiten Teilen der Fall, und Linde kann seine Erfolgsgeschichte fortschreiben“. Zumindest ein Ziel ist auf dem Papier bereits erreicht: Durch den Zusammenschluss wäre die neue Linde wieder die Nummer eins auf dem globalen Gasemarkt.

Aktienrückkauf: Neues Zauberwort für Aktionäre?

Das neue Jahr war gerade einmal ein paar Stunden alt, da machte Europas größter Versicherer Allianz seinen Aktionären schon mal seine Aufwartung: Das Unternehmen will neben einer stattlichen Dividende auch bis zu 3 Milliarden Euro in Form von Aktienrückkäufen an seine Anteilseigner weiterreichen. Der Grund: Die Allianz hatte das Milliardenkapital für Zukäufe angesammelt, diese jedoch nicht getätigt.

Für den Münchener Versicherungsriesen ist es das erste Mal, dass ein Rückkauf durchgezogen wird. Überhaupt sind deutsche Unternehmen dabei bisher eher zurückhaltend. „Grund-



sätzlich spielen Aktienrückkaufprogramme in Deutschland (noch) keine so große Rolle, wie etwa in den USA. Das mag auch daran liegen, dass die Aktienkursentwicklung, die sich über solche Programme ja durchaus positiv beeinflussen lässt, für die Vorstandsvergütung hierzulande nicht allzu wichtig ist“, weiß DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler. Dennoch öffnen sich die deutschen Aktiengesellschaften momentan dieser Idee: „Es ist durchaus ein Trend zur verstärkten Nutzung von Aktienrückkaufprogrammen erkennbar“, so Tüngler. Tatsächlich addiert sich die Münchener Allianz-Gruppe mit ihrer Meldung zu einer größeren Anzahl von Rückkäufern, die es aktuell bereits im DAX gibt: Die Münchener Rück gehört ebenso dazu wie Adidas, die Deutsche Post, Siemens, und demnächst wohl auch SAP.

Auf den ersten Blick haben solche Programme durchaus ihren Charme: „Für die Aktionäre bedeuten Rückkäufe, dass der Gewinn je Aktie steigt, da die zurückgekauften Anteilscheine nicht dividendenberechtigt sind. Sollte das Unternehmen die Aktien vernichten, verringert sich zudem die Aktienanzahl und jedes einzelne Papier stellt einen größeren Anteil am Unternehmen dar“, so Tüngler. Allerdings habe das nicht zwangsläufig zur Folge, dass auch der Aktienkurs entsprechend steige.

Aus Sicht der DSW sollte daher jede Gesellschaft, die sich mit dem Gedanken trägt, ein Rückkaufprogramm ins Leben zu rufen, immer zunächst prüfen, ob nicht Investitionen ins operative Geschäft sinnvoller sind. Sollte dies nicht der Fall sein, ist die Ausschüttung über eine erhöhte Dividende nach Ansicht der Anlegerschützer die bessere Wahl. So können die Aktionäre über das Geld sofort und selbstbestimmt verfügen, während sie bei Aktienrückkaufprogrammen zum einen von der

Börsenentwicklung abhängig sind, die nicht zwingend positiv sein muss, zum anderen wären sie gezwungen, Anteile zu verkaufen, um Kasse zu machen.

Gleichzeitig warnt Tüngler: „Die vor allem in den USA immer beliebter werdenden kreditfinanzierten Aktienrückkaufprogramme können eine zusätzliche negative Komponente haben. Das aktuell niedrige Zinsniveau ermöglicht es Unternehmen, hier eine Art kreditfinanzierte Scheinblüte zu kreieren.“ Die Aktien werden dabei auf Kredit zurückgekauft und vernichtet, was wiederum nicht nur zu einer zumindest zeitweise erhöhten Nachfrage nach den Papieren führt, sondern auch den Gewinn je Aktie steigen lässt. „Faktisch hat die Gesellschaft sich also ein Kreditrisiko eingehandelt, es wirkt aber, als hätte sie den Gewinn gesteigert. Wenn dann die Zinsen bei der Refinanzierung deutlich höher liegen, wird diese Art der Rückkaufprogramme zu einem Bumerang“, erläutert der Hauptgeschäftsführer der Anlegerschützer. Daher müssen Aktionäre schon sehr genau hinschauen, ob und wie das Programm ausgestaltet sei. Im Fall der Allianz droht naturgemäß keine Gefahr: Die Liquidität für die Umsetzung war bereits lange zurückgelegt.

Rohstoffe: Investments mit Risiken

Es ist eine alte Börsenweisheit: „Kaufe, was du verstehst“. Und gerade in Zeiten von Nullzinsen und mickrigsten Renditen legen immer mehr Privatanleger den Spruch recht frei aus und investieren vermehrt auch in Rohstoffe.

Das Ganze klingt zunächst verlockend, denn Edelmetalle, Energieträger – wie etwa Öl –, Industriemetalle oder Agrargü-

ter werden weltweit gehandelt, bieten teils üppige Renditechancen und sind auch von Privatanlegern auf den ersten Blick „zu verstehen“.

Und dennoch sind sie nicht ohne Risiko: „Die meisten Rohstoffe werden an extra Terminbörsen gehandelt. Und deren Kursbewegungen funktionieren nach eigenen Regeln“, erläutert DSW-Sprecher Jürgen Kurz. „In jedem Fall brauchen Anleger Fachwissen zu den einzelnen Märkten, damit sie Entwicklungen richtig einschätzen und eine Strategie verfolgen können.“

Zumal Rohstoff-Investments häufig viel komplexer sind als viele denken. Anleger erwerben ja nicht einfach einen Sack Weizen oder ein Fass Öl, sondern investieren über Aktien, Fonds oder Derivate in die Entwicklung der Preise der jeweiligen Rohstoffe.

Investmentfonds: Indexschmuser unter der Lupe

Wie nah darf ein aktiv gemanagter Fonds seinem Vergleichsindex kommen? Diese Frage hat die schwedische Finanzaufsicht nicht nur analysiert, sondern auch eine ganz einfache Antwort parat.

Haben Produkte von Fondsgesellschaften weniger als 60 Prozent sogenanntes „Active Share“, also Anlageentscheidungen, die zum Index differieren, gelten sie als „Indexschmuser“ oder englisch „Closet Indexing“. Die schwedischen Fachleute haben die aktuelle Fondspalette aber nicht nur nach entsprechenden Vertretern gescannt, sondern die Liste nun auch auf Druck der nationalen Anlegerschutzorganisation veröffentlicht.

Nicht ganz soweit geht eine Untersuchung der europäischen Finanzaufsicht ESMA. Sie hatte kürzlich analysiert, dass europaweit ein Sechstel nach der Papierform aktiver Fonds weitgehend dem jeweiligen Benchmark-Index folgt. Hierzulande sieht die deutsche Aufsicht BaFin noch keinen akuten Handlungsbedarf. Sie fand nur wenige echte Indexschmuser.

Das sei kein Grund, den Markt nicht weiter intensiv zu beobachten, meint die DSW: „Aktiv gemanagte Fonds werben bewusst damit, dass hier ein kluger Kopf die Entscheidungen trifft. Anleger bezahlen dafür im Gegenzug hohe Gebühren. Da darf es nicht sein, dass in Wirklichkeit nicht der Fondsmanger, sondern der Index den Weg des Fonds vorgibt“, erläutert DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler.

HAC-Marktkommentar: Europäische Aktien haben weiteres Potenzial

Liebe DSW-Mitglieder,

die Wirtschaft brummt. Im Euroraum mehren sich die Anzeichen, dass das Jahr 2017 aus konjunktureller Sicht ein sehr gutes werden kann. Der bestehende Aufschwung könnte an Kraft gewinnen. Abzulesen ist das am Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe. Das Niveau ist schon hoch, trotzdem ist das Stimmungsbarometer noch einmal um 0,2 Punkte auf 55,1 Punkte gestiegen. In Deutschland liegt dieser Index bei 56,5 Punkten. Das ist der höchste Wert seit drei Jahren.

Insbesondere profitieren die Industrieunternehmen. Einerseits deshalb, weil der Euro nach dem Konzept der Kaufkraftparitäten gegenüber allen Hauptwährungen stark unterbewertet ist. Das schafft einen Wettbewerbsvorteil, der nicht zu vernachlässigen ist. Steigende Auftragseingänge sind die Folge, nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Euroraum. Und bei der Refinanzierung haben die europäischen Unternehmen gegenüber ihren US-Konkurrenten einen klaren Wettbewerbsvorteil, weil das Zinsniveau hierzulande deutlich geringer ist. Zum Beispiel muss die amerikanische Softwareschmiede Oracle, bei vergleichbarer Bonität, eine um etwa zwei Prozentpunkte höhere Verzinsung für Anleihen bieten als der deutsche Konkurrent SAP. Vor allem die höher verschuldeten Unternehmen aus Südeuropa, wo das Zinsniveau ebenfalls unter dem des amerikanischen liegt, können viel Geld einsparen, die sie für weitere Investitionen oder Dividendenzahlungen nutzen können. Aufgrund der erhöhten Auftragseingänge dürfte die Arbeitslosigkeit weiter sinken und den Konsum stützen.

Freilich haben die europäischen Aktienmärkte bereits einen Teil dieser Entwicklung vorweggenommen, aber es besteht weiteres Potenzial. Solange sich die politischen Risiken im Euroraum nicht konkretisieren, kann man mutig sein und über den deutschen Tellerrand blicken. Der Aufschwung sollte insgesamt im Euroraum spürbar sein.

Ihr
 Wolfram Neubrandner
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

(Haftungsausschluss: Dieser Kommentar wurde nur zu Informationszwecken erstellt. Er ist kein Angebot zum Kauf/Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Anlageinstrumenten).

Schadenersatzklage gegen German-Pellets-Gründer

Die an seltsamen Episoden wahrlich nicht arme Geschichte der insolventen German Pellets GmbH ist nun um eine reicher. Firmengründer Peter Leibold ist zurück – zumindest mittelbar. Das Unternehmen seiner Tochter Kathrin Wiedmer, die Mitteldeutsche Pellets Vertrieb GmbH (MPV), übernimmt drei Pellets-Werke von der Firma Woodox in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Die drei Werke waren vor der Insolvenz von German Pellets indirekt mit dem Unternehmen von Peter Leibold verbunden und mussten im Zuge der Entwicklung ebenfalls Insolvenz anmelden. Einen höheren einstelligen Millionenbetrag soll die Firma der Leibold-Tochter für den Deal gezahlt haben.

Für die etwa 17.000 Anleger, die in die German Pellets GmbH rund 270 Millionen Euro in Form von Anleihen und Genussrechten investiert hatten, bringt das aber nichts. Das Geld fließt nicht der GmbH zu. „Wir haben für geschädigte Anleger mittlerweile eine Vielzahl von Schadenersatzklagen gegen den Geschäftsführer Peter Leibold, dessen Ehefrau und auch die zuständige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie weitere Personen im Zusammenhang mit dem Angebot der einzelnen Anleihen und Genussrechte eingereicht“, sagt Klaus Nieding, Vorstand der Kanzlei Nieding+Barth und Vizepräsident der DSW.

„Bei den Klagen stützen wir uns neben einer fehlerhaften Darstellung im Verkaufsprospekt auch auf deliktische Ansprüche gegen die Verantwortlichen insbesondere im Zusammenhang mit der Expansion in den USA und der Darstellung der finanziellen Situation der German Pellets Gruppe“, so der Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht weiter. Nieding+Barth bereite derzeit für weitere geschädigte Anleger Klagen vor, welche ihre Ansprüche geltend machen wollen.

Betroffene Investoren können sich unter der Mailadresse „recht@niedingbarth.de“ für weitere Informationen registrieren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:

Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Geschädigter im Betrugsfall „BWF-Stiftung“ erhält volle Investitionssumme zurück

Mehr als 6.000 Anleger sind Opfer der „Goldmasche“ der mittlerweile insolventen BWF Stiftung geworden. Zurzeit stehen die Verantwortlichen der Stiftung wegen des Vorwurfs des Kapitalanlagebetrugs vor Gericht. Sie sollen mit gefälschten Goldbarren Anleger in die Falle gelockt haben.

Für insgesamt rund 54 Millionen Euro erwarben Privatinvestoren Gold, das zum großen Teil möglicherweise nicht wirklich vorhanden war. Jetzt bekommt ein Mandant der auf Kapitalmarktthemen spezialisierten Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft die vollständige Investitionssumme in Höhe von 206.500 Euro erstattet. Das entschied das Landgericht Frankenthal (Az: 3 O 317/16). Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Allerdings muss nicht die insolvente Stiftung zahlen, sondern ein Anlageberater: „Mit dem Weg über die Berater gibt es wieder eine echte Chance auf Schadenersatz für geschädigte Anleger“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. Bei der Stiftung selber sei kaum etwas zu holen. „Wir sind froh, dass das Gericht sich unserer Auffassung angeschlossen und festgestellt hat, dass der Anlageberater seine Pflicht zur Prüfung der Plausibilität der Kapitalanlage im Rahmen des Anlageberatungsvertrages verletzt hat“, erläutert Nieding.

Die Entscheidung zeige, wie aussichtsreich es für geschädigte Anleger in derartigen Insolvenzfällen sei, Schadenersatzansprüche gegen Dritte mit „tiefen Taschen“ zu prüfen und diese



geltend zu machen, da dies oftmals die einzige Möglichkeit der Schadenskompensation darstelle, ist Nieding überzeugt.

Betroffene Investoren können sich unter der Mailadresse „recht@niedingbarth.de“ für weitere Informationen registrieren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Anlegerfrage an Malte Diesselhorst, Landesgeschäftsführer der DSW in Berlin

Frage: Die Inflation kehrt zurück. Wird das den Goldpreis nach oben treiben? Und lohnt es sich wieder, auf das Edelmetall als Inflationsschutz zu setzen?

Antwort: Die Frage setzt die Rückkehr der Inflation bereits voraus, obwohl die Inflationsrate in Deutschland selbst im Dezember 2016 noch bei 1,5 Prozent und damit unter dem langjährigen Durchschnitt lag. Gold funktioniert als Rettungsanker vor allem in echten Krisenzeiten, bei überdurchschnittlich hoher Inflation und in einem sehr unsicheren Umfeld. Es geht also mehr um ein Sicherheitsgefühl als um harte Fakten, denn der industrielle Bedarf nach Gold ist viel niedriger als das Angebot und der größte Teil der weltweiten Nachfrage nach dem Rohstoff stammt aus der Schmuckherstellung.

Die wesentlichen Nachteile der Anlage in Gold sind, dass das Metall im Tresor keine Rendite erwirtschaftet, die sichere Lagerung Kosten verursacht und nur die Preisentwicklung

über den Anlageerfolg entscheidet. Der hängt damit von vielen, teilweise gegenläufigen Faktoren ab. Während Inflationsängste den Goldpreis unterstützen, wirken steigende Zinsen wie derzeit in den USA eher negativ, weil das Halten des Metalls zu teuer wird.

Weil Gold überwiegend in Dollar gehandelt wird, besteht ein indirektes Wechselkursrisiko. Steigt oder fällt der Goldpreis zu stark, können Notenbanken mit ihrer Goldreserve Einfluss nehmen. Mehr als bei Aktien, für die ein nachhaltiger Wert auf der Grundlage der Rendite und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung ermittelt werden kann, handelt es sich also bei der Anlage in Gold um eine Spekulation, deren Erfolg vom richtigen Timing und einer guten Einschätzung der Gefühlslage anderer Anleger abhängt.

Entsprechend vielfältig sind die Prognosen, was die Goldpreisentwicklung der nächsten Jahre angeht, von fallenden bis zu deutlich steigenden Preisen wird alles vertreten. Trotz dieser Unberechenbarkeit hat ein Goldanteil im Portfolio auch für Privatanleger eine Funktion. Er stabilisiert das Vermögen in Krisenzeiten und kann als Notreserve gerade dann realisiert werden, wenn andere Anlagen nur schwer und mit hohem Verlust verkäuflich sind.

Wer dieses Gefühl der Sicherheit genießen möchte, sollte das Metall jedoch besser nicht zu Hause lagern, sondern lieber Xetra-Gold kaufen oder einen versicherten Banktresor zur Aufbewahrung wählen.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Dr. Malte Diesselhorst zur Verfügung.
Dr. Diesselhorst ist Landesgeschäftsführer der DSW in Berlin.

Sie erreichen Herrn Dr. Diesselhorst unter:
Tel.: (030) 88713-0
www.das-recht.com





Alles im grünen Bereich – noch

Die ersten Konjunkturindikatoren des laufenden Jahres machen durchaus Mut. Auch in diesem Jahr könnte die Wirtschaft der Eurozone wieder kräftig wachsen. Doch es gibt auch einige Gefahren.

Volle Kraft voraus. Zum Jahresende hat die Wirtschaft im Euroraum noch einmal ordentlich Fahrt aufgenommen. Laut einer ersten Schätzung der europäischen Statistikbehörde Eurostat legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Jahresabschnitt im Vergleich zum Vorquartal um 0,5 Prozent zu. Im Gesamtjahr 2016 wuchs das BIP in der Eurozone demnach um 1,7 Prozent.

Inflation nähert sich EZB-Zielwert

Kräftig angestiegen ist zuletzt auch die Inflationsrate. Im Januar kletterte die Teuerungsrate im Euroraum auf 1,8 Prozent. Damit nähert sich die Inflationsrate in großen Schritten dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von „nahe, aber unter 2 Prozent“. Die Stimmen, die ein Ende der extrem expansiven Geldpolitik der EZB fordern, dürften daher in den kommenden Wochen und Monaten wieder lauter werden. Und zwar vor allem dann, wenn wie von Volkswirten erwartet die Inflationsrate im Februar nochmals zulegen würde. Dass die obersten europäischen Währungshüter ernsthaft über einen restriktiveren Kurs nachdenken, ist aber eher unwahrscheinlich, ist der jüngste Inflationsschub doch in erster Linie auf die gestiegenen Energiepreise zurückzuführen. Die Kernrate – also die Inflation ohne die volatilen Preise von Energie, Nahrungs- und Genussmittel – verharrte demzufolge im Januar bei 0,9 Prozent.

Eurozone verliert an Fahrt, bleibt aber auf Kurs

Zwar ist die Wirtschaft im Euroraum auch gut ins Jahr 2017 gestartet. So ist beispielsweise das von der EU-Kommission monatlich erhobene Verbrauchervertrauen vorläufigen Berechnungen zufolge im Januar von -5,1 auf -4,9 Punkte ge-

stiegen – und somit auf den höchsten Stand seit April 2015. Sehen lassen kann sich auch die Entwicklung der viel beachteten Einkaufsmanagerindizes. Während das Stimmungsbarmeter für das Verarbeitende Gewerbe im Januar um 0,2 Punkte auf 55,1 Zähler zulegte, gab das Pendant für den Dienstleistungssektor zwar leicht nach, liegt mit einem Stand von 53,6 Punkten aber nach wie vor deutlich über der Expansionsmarke von 50 Zählern. Ob die Wirtschaft in der Eurozone im Gesamtjahr aber das Niveau von 2016 erreichen wird, darf dennoch zumindest bezweifelt werden. Als Erfolg könnte sicherlich schon das vom Internationalen Währungsfonds prognostizierte Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,5 Prozent gewertet werden.

Damoklesschwert Trump

Für Unruhe könnten vor allem die anstehenden Wahlen in den wichtigen Mitgliedsstaaten Frankreich, Deutschland und den Niederlanden sorgen. 2017 ist auch das entscheidende Jahr für den Brexit. Erst vor wenigen Wochen sprach sich die britische Premierministerin Theresa May für einen sogenannten harten Brexit aus, der unter anderem den Austritt aus dem Europäischen Binnenraum bedeuten würde. Auch dieser Prozess dürfte an der Wirtschaft der europäischen Mitgliedsstaaten nicht spurlos vorüber gehen. Nicht zu unterschätzen ist zudem der neue US-Präsident Donald Trump, der zwar – wohl vor allem aufgrund seiner angekündigten Konjunkturprogramme – anfangs einen bemerkenswerten Optimismus in den USA ausgelöst hat, nach zahlreichen unrühmlichen Aussagen und Handlungen jedoch deutlich an Ansehen verloren hat. Und zwar nicht nur außerhalb der USA. Laut dem US-Meinungsforschungsinstitut Gallup gab es nie zuvor einen US-Präsidenten, der kurz nach dem Amtsantritt geringere Zustimmungswerte hatte als Donald Trump. Sollte er seine unberechenbare und protektionistische Politik fortführen, dürften nicht nur die Sympathiewerte weiter fallen. Auch die Wirtschaft diesseits und jenseits des Atlantiks könnte darunter leiden.



Trump-Euphorie verfliegen

Soviel ist sicher. Die Börse startet besser als 2016 in das neue Jahr. Welche Richtung die Kurse künftig einschlagen werden, ist aber äußerst ungewiss. Vor allem der neue US-Präsident Donald Trump sorgt derzeit für viel Unruhe. Von der gestiegenen Nervosität profitiert unter anderem das Edelmetall Gold.

Nicht nur das Wetter war zu Beginn des Jahres sehr winterlich. Auch die Börse kam nur langsam auf Temperatur. In den ersten drei Wochen 2017 bewegte sich der DAX kaum von der Stelle. Dann jedoch wachte der heimische Leitindex aus seiner Starre auf und legte innerhalb weniger Handelstage kräftig an Wert zu. Beflügelt haben dürften den DAX zum einen einige gute Konjunkturdaten und die damit einhergehende Hoffnung einer weiterhin recht robusten – wenngleich nicht dynamischen – Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Auch die mit Spannung erwartete Rede der britischen Premierministerin Theresa May Mitte Januar dürfte den DAX gestützt haben. Zwar kündigte May einen harten Brexit an, der unter anderem einen Ausstieg aus dem Europäischen Binnenmarkt und der Zollunion umfasst. Auf der anderen Seite hat May aber mit dieser Rede für bis dahin lang vermisste Klarheit gesorgt.

DAX gibt leicht nach

Im Vergleich zum Vormonat gab der DAX dennoch leicht nach, rund 0,5 Prozent büßte der wichtigste deutsche Aktienindex an Wert ein. Vor allem die ersten Amtshandlungen des neuen US-Präsidenten Donald Trump kommen an der Börse nicht gut an. Insbesondere das Einreiseverbot für Menschen aus sieben überwiegend muslimischen Staaten sorgt für erhebliche Unsicherheit – und nährt die Befürchtung, dass die anfängliche Trump-Euphorie ein wenig zu umfangreich ausgefallen sein könnte. Dass auch der M-DAX zuletzt wieder Federn lassen musste, überrascht daher nicht wirklich. Auf Monatssicht konnte er aber noch ein kleines Plus von etwa 0,3 Prozent verbuchen.

Dow Jones erklimmt Allzeithoch – und geht anschließend auf Tauchstation

Auch an der Wall Street hat sich die Stimmung zuletzt wieder ein wenig eingetrübt. Zwar sprang der Dow Jones vor wenigen Tagen erstmals in seiner Historie über die psychologisch wichtige Marke von 20.000 Punkten, lange halten konnte der Index dieses Niveau aber nicht. Im Vergleich zum Vormonat ging es mit dem US-Index sogar leicht bergab.

Unter Druck geriet zuletzt der japanische Aktienmarkt, knapp 3 Prozent verlor der Nikkei 225 im Monatsverlauf. Zu erklären ist dieses Minus wohl am ehesten mit dem aufwertenden Yen, der aktuell für viele Investoren als sicherer Anlagehafen angesehen und angesteuert wird. Steigt der Yen, verlieren japanische Produkte auf dem Weltmarkt an Attraktivität. Und: Da zahlreiche japanische Unternehmen stark vom Export abhängig sind, leidet der Nikkei in Zeiten einer aufwertenden Währung besonders kräftig.

Gold und Silber: Glänzende Aussichten?

Das vor allem in Krisenzeiten begehrte Gold profitiert von der zuletzt gestiegenen Nervosität an den Börsen; im Vergleich zum Vormonat verteuerte sich das Edelmetall um etwa 4 Prozent. Mit fast 7 Prozent fiel das Plus beim Silberpreis sogar noch höher aus.

Trotz der Ende 2016 beschlossenen Förderkürzung der OPEC bewegte sich der Ölpreis im Januar unterm Strich kaum vom Fleck. Die Gründe: Zum einen ist ungewiss, ob die OPEC-Staaten tatsächlich ihre Fördermenge im geplanten Umfang drosseln werden. Geplant ist, dass zunächst für die kommenden sechs Monate nur noch 32,5 Millionen Barrel statt 33,7 Millionen Fass gefördert werden. Hinzu kommt, dass aufgrund des gestiegenen Ölpreises in den vergangenen Monaten einige US-Schieferöl-Unternehmen ihre Produktion hochgefahren haben und somit das Angebot wieder gestiegen sein dürfte.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind – so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management.

Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Bitte besuchen Sie unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden Sie sich an seminare@dsw-info.de.



Die Termine für die Anlegerforen im 1. Halbjahr 2017 starten wieder Anfang April 2017.

Wir bedanken uns herzlich für die überaus rege Teilnahme an unseren Foren und freuen uns auf Gleiches bei den kommenden Veranstaltungen.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 2: © izzetugutmen - Fotolia.com; Seite 4: © macgyverhh - Fotolia.com; Seite 6: © tchara - Fotolia.com; Seite 7: © 2fast109 - Fotolia.com; Seite 1-7 & 10: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8: © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 10: © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.



JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr. PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.

Per Post senden an:

DSW –
Deutsche Schutzvereinigung
für Wertpapierbesitz e.V.
Postfach 350163
40443 Düsseldorf
Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
Telefax: 02 11/66 97 60
Internet: www.dsw-info.de
E-Mail: dsw@dsw-info.de